

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 – Seeschiffahrtsanpassungsgesetz -

Dazu sagt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Rainer Steenblock:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 080.02 / 20.03.2002

Grüne

Öffentlichkeit darf nicht ausgeschlossen werden

Die im neuen Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetz (SUG) vorgesehene Abschaffung der öffentlichen Seeamtsverhandlungen ist ein Schritt in die völlig falsche Richtung und widerspricht den von der Bundesregierung an vielen anderen Stellen forciertem Ausbau demokratischer Kontrollrechte. Völlig unnötig setzt sich die Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf dem Verdacht aus, in dem neuen Untersuchungsverfahren sollen staatliche Organe vor öffentlicher Kritik geschützt werden.

Der Versuch des Bundesverkehrsministers, die Küstenländer durch Kürzung der Investitionsmittel zu erpressen, unterstützt leider diesen Verdacht. Die Landesregierung darf diesen Erpressungsversuchen nicht nachgeben und muss im Bundesrat weiterhin auf der Anrufung des Vermittlungsausschusses bestehen. Nur so besteht die Chance, dieses Gesetz an zentralen Stellen noch zu verbessern.

Öffentlichkeit und Transparenz müssen nicht im Widerspruch zu effizienten Verfahren stehen. Deshalb ist auch weiterhin eine Beteiligung externer Fachleute als Beisitzer an den Seeamtsverhandlungen wünschenswert.

Völlig widersprüchlich ist das Verhalten des Bundes bei der Frage des Datenschutzes. Zum einen soll mit dem Hinweis auf die informationelle Selbstbestimmung die Öffentlichkeit aus den Untersuchungsverfahren ausgeschlossen werden, zum anderen sollen aber personenbezogene Daten aus den Untersuchungen an Flaggenstaaten weitergeleitet werden, in denen Datenschutz ein völliges Fremdwort ist. Auch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens schmälert die Rechte Betroffener in völlig unakzeptabler Weise.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die bisherige dezentrale Untersuchung in den reviernahen Seeämtern mit Unterstützung der jeweiligen Wasserschutzpolizei hat zu einer schnellen und ortskundigen Ermittlung viel beigetragen. Die Zentralisation in Hamburg wird diese Stärken reduzieren, ohne dass neue Untersuchungsvorteile erkennbar sind.
